

23.03.2017

Niederschrift 001/2017

Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr
am 20.02.2017 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.002-C.003 |
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Herbert Krusel

Kreistagmitglieder SPD

Frau Jasmin Beisenherz

Anwesend bis 17:10 Uhr

Herr Martin Blom

Herr Bernd Engelhardt

Anwesend bis 16:25 Uhr

Frau Renate Jung

Vertretung für Herrn Klaus Kuhlmann

Herr Dieter Mendrina

Frau Renate Schmeltzer-Urban

Herr Uwe Zühlke

Sachkundige Bürger/innen SPD

Herr Thomas Blaschke

Kreistagmitglieder CDU

Herr Günter Bremerich

Frau Claudia Gebhard

Vertretung für Herrn Jörg Schindel

Herr Jan-Eike Kersting

Herr Martin Niessner

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Marion Küpper

Sachkundige Bürger/innen Linksfraktion

Herr Udo Kalle

Vertretung für Herrn Dieter Reichwald

Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm

Herr Reinhard Schulz

Vertretung für Herrn Helmut Rosenkranz

Anwesend ab 16:10 Uhr

Kreistagmitglieder PIRATEN

Herr Ralf Schaefer

Beratendes ordentliches Mitglied

Herr Rainer Seepe

Verwaltung

Herr Dirk Wigant, Dezernent IV
Herr Ferdinand Adam, Fachbereichsleiter 32
Herr Günter Sparbrod, Fachbereichsleiter 36
Herr Christian Bornemann, Sachgebietsleiter 36.2
Herr Ulrich Peukmann, Kreisbrandmeister
Frau Susanne Kronenberg, Schriftführerin

Herr Krusel begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 09.02.2017 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Frau Küpper weist darauf hin, dass man sich in der letzten Sitzung des Ausschusses am 23.11.2016 auf die Änderung einer Formulierung im Budgetband verständigt habe. Dies sei in der Niederschrift zur Sitzung nicht erwähnt. Vereinbart worden sei, im letzten Absatz der Erläuterungen zum Produkt 32.02.02 „Aufenthaltsbeendende Maßnahmen“ eine weniger generalisierende Formulierung im Zusammenhang mit den Verzögerungsgründen bei Rückführungsmaßnahmen zu verwenden. Herr Adam teilt mit, dass dies im Budgetband angepasst worden sei und es in der Form im kommenden Jahr abgedruckt werde. Ein Neudruck und Austausch des aktuellen Budgetbandes sei nicht vereinbart worden. Frau Küpper stimmt dem zu und erklärt, dass aus ihrer Sicht dem Umstand damit genüge getan sei.

Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----------------|--------|--|
| Punkt 1 | | Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin |
| Punkt 2 | | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner |
| Punkt 3 | 005/17 | Übernahme der Aufgaben einer Zentralen Ausländerbehörde |
| Punkt 4 | | System "Mobile Retter"- aktueller Sachstand; mündlicher Bericht |
| Punkt 5 | | Rettungsdienstbedarfsplanung - aktueller Sachstand; mündlicher Bericht |
| Punkt 6 | | Ergebnis der Kundenbefragung in der Zulassungsstelle und der Führerscheinstelle des Fachbereiches Straßenverkehr; mündlicher Bericht |
| Punkt 7 | | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 8 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 Bestellung einer Schriftführerin und deren Stellvertreterin

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Susanne Kronenberg als Schriftführerin für den Ausschuss für Feuerwehr, Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr bestellt. Stellvertretende Schriftführerin für diesen Ausschuss bleibt weiterhin Frau Silke Schmücker.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 3 005/17 Übernahme der Aufgaben einer Zentralen Ausländerbehörde

Erörterung

Herr Wigant erläutert die Drucksache und geht zunächst auf die Ausgangssituation, die aktuelle Gesprächslage zu einem geordneten Aufgabenübergang zum 01.01.2018 sowie die personelle und räumliche Situation ein. Anschließend führt er das Thema Kostenerstattung durch das Land und die finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt 2017 des Kreises Unna aus.

Herr Wigant betont, dass im Mittelpunkt nun die Aufgabe stehe, diese Behörde aufzubauen und so früh wie möglich mit der Personalgewinnung zu beginnen. Ebenso müsse man sich jetzt relativ schnell um eine Immobilie kümmern, um die Menschen unterbringen zu können. Dies funktioniere ad hoc in der Landesstelle nicht, da dort nur Wohnhäuser zur Verfügung stünden, die für eine Verwaltungs- und Bürotätigkeit nicht geeignet seien. Bei einem Termin vor Ort mit Vertretern des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und des Bau- und Liegenschaftsbetriebes (BLB) habe das BAMF mitgeteilt, dass es nur bei Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten seine Tätigkeit dort aufnehmen könne. Dies bedeute, dass hier auch über einen Neubau nachgedacht werden müsse. Übergangsweise sei zunächst geplant, für die erforderlichen Räumlichkeiten eine Immobilie anzumieten und sich hinsichtlich des Personals anfangs mit Hospitationen o.ä. durch andere Zentrale Ausländerbehörden unterstützen zu lassen, um mit dem Aufbau der Behörde beginnen zu können. Da das Land die Zuständigkeitsverordnung für das Ausländerwesen schon entsprechend angepasst habe, bestehe auch jetzt bereits vor der offiziellen Übernahme der Aufgabe ab 01.01.2018 die Möglichkeit, in bestimmten Bereichen rechtlich basierte Amtsgeschäfte durchzuführen. Er hoffe auf ein positives Signal des Ausschusses zur Übernahme der Aufgaben einer Zentralen Ausländerbehörde, da man

vor der offiziellen Beschlussfassung durch den Kreistag schon mit Überlegungen zur Personalrekrutierung und Verhandlungen über Immobilien oder Mietobjekte beginnen wolle.

Auf Nachfrage von Herrn Bangert zu den Räumlichkeiten in der Landesstelle erläutert Herr Wigant, dass das BAMF vom Land fordere, dass es die Möglichkeit erhalte, dort adäquate Immobilien zu beziehen, da man sonst nicht nach Unna-Massen kommen könnte und dann erst einmal noch in Dortmund bleiben würde.

Herr Bangert teilt mit, dass seine Fraktion das Thema in der morgigen Fraktionssitzung noch ausführlich besprechen wolle. Grundsätzlich unterscheide man zwischen der Zuständigkeitsfrage und der inhaltlichen Frage. Bei der Zuständigkeit könne er sagen, dass man nichts dagegen haben werde. Inhaltlich würde man sich in dieser Angelegenheit eine Art von Mitspracherecht wünschen, um als Kreis in das Ganze mehr eingebunden zu sein.

Herr Wigant erläutert, dass es sich hier um eine Landesaufgabe handele, die der Kreis als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung ausübe und sich insofern Vieles dem demokratischen Prozess beim Kreis entziehe. Was allerdings die Baulichkeiten, die Unterbringung und auch die Betreuung der eigenen Mitarbeiter dort angehe, sei der Kreis in gleicher Weise beteiligt, als wenn es um die eigene Kommunalbehörde gehe.

Herr Krusel weist darauf hin, dass es bei dem hier zu treffenden Empfehlungsbeschluss um den Auftrag zum Aufbau dieser neuen Behörde gehe. Über eine mögliche inhaltliche Ausgestaltung könne auch nach fraktionsinternen Beratungen im Kreistag noch diskutiert werden.

Herr Zühlke teilt mit, dass die SPD-Fraktion diesen Beschluss insbesondere unter dem Aspekt der Arbeitsplatzbeschaffung befürworten werde.

Herr Kersting erklärt für die CDU-Fraktion ebenfalls die Zustimmung zum Aufbau der Zentralen Ausländerbehörde. Einerseits sei wichtig, das Land im Rahmen der Möglichkeiten zu unterstützen, wenn es um Hilfe ersuche. Andererseits hoffe man aber auch auf die Einhaltung der Zusage der 100prozentigen Kostenerstattung.

Herr Kalle führt aus, dass auch die Linksfraktion dem Beschluss zustimmen werde, da es grundsätzlich eine Administration dieser Art gebe müsse, dies jedoch mit Bedenken angesichts von Folgen wie Abschiebungen in Krisengebiete.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Herr Krusel lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Der Übernahme der Aufgaben einer Zentralen Ausländerbehörde durch den Kreis Unna zum 01.01.2018 wird zugestimmt.

Der Landrat wird beauftragt, den Aufbau einer Zentralen Ausländerbehörde bei der Kreisverwaltung Unna und die Übernahme der Aufgabe von der Stadt Dortmund im laufenden Jahr 2017 durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen (2 Enthaltungen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Punkt 4

System "Mobile Retter"- aktueller Sachstand; mündlicher Bericht

Erörterung

Herr Wigant berichtet zum aktuellen Sachstand des Systems „Mobile Retter“. Anhand einer Präsentation (siehe Anlage 1) erläutert er zunächst in chronologischer Reihenfolge die Entwicklung des Systems bevor er auf die genauen Zahlen der registrierten mobilen Retter im Kreis Unna eingeht und diese nach Wohnort, Einrichtung/Institution sowie Ausbildung/Qualifikation aufschlüsselt. Anschließend geht er auf die Einsatzstatistik ein und gibt einen detaillierten Überblick über die Zahl der Alarmierungen, Einsatzorte, individuelle und statistische Einsatzhäufigkeit, Abstände zum Einsatzort und durchschnittliche Eintreffzeiten. Abschließend zieht er einen Vergleich zwischen den Zahlen des Kreises Unna und denen des Kreises Gütersloh. Herr Wigant betont, dass der Kreis Unna von einer sehr guten Ausgangssituation profitiere, zum einen aufgrund der Fläche und Struktur des Kreises und zum anderen aufgrund der großen Zahl an Ehrenamtlichen, die sich als Mobile Retter engagierten. Zum Abschluss präsentiert er einen Film aus der Lokalzeit des WDR Dortmund vom 08.02.2017 über mobile Retter aus Lünen und Bergkamen.

Auf Herrn Bangerts Nachfrage erklärt Herr Wigant, dass der Verein „Mobile Retter“ im Rahmen von Schulungen darüber entscheide, ob jemand für den Einsatz als Mobiler Retter geeignet sei. Freiwillige würden erst für die App freigeschaltet, wenn sie in einer Schulung nachgewiesen hätten, dass sie über das erforderliche Wissen verfügten. Des Weiteren erläutert Herr Wigant, dass jeder Mobile Retter sich mit seinem Arbeitgeber, ob öffentlich oder privat, selbst darüber verständigen müsse, ob dieser ihn für den Einsatzfall freistelle oder er sich für die Dauer seiner Arbeitszeit vom System abmelden könne.

Punkt 5

Rettungsdienstbedarfsplanung - aktueller Sachstand; mündlicher Bericht

Erörterung

Herr Adam berichtet zum aktuellen Sachstand der Rettungsdienstbedarfsplanung, deren Fortschreibung stets unter Begleitung eines externen Gutachters erfolge. Anfang Februar habe man das formelle Beteiligungs- und Anhörungsschreiben an die Träger der Rettungswachen im Kreis und an die Kommunen versandt, um ihnen Gelegenheit zu einer Stellungnahme zum Rettungsdienstbedarfsplan zu geben. Soweit es kostenbildende Merkmale des Rettungsdienstes betreffe, sei das Schreiben auch an den Verband der Krankenkassen gegangen, um ein Benehmen herzustellen.

Aufgrund der Auswirkungen der Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes u.a. auf Stellenpläne, müssten viele Kommunen voraussichtlich ihre Räte beteiligen. Der heutige Bericht solle sicherstellen, dass dieser Fachausschuss zum Start des Verfahrens über die wesentlichen Änderungen zum Rettungsdienstbedarfsplan informiert ist.

Herr Adam geht dann anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2) ausführlich auf die Planung der Einsatzmittelvorhaltung und Stationierung als Kernelement der Rettungsdienstbedarfsplanung ein. Er erläutert die Gebietsabdeckung im Rettungsdienstbereich Kreis Unna, erklärt die gebräuchlichen Abkürzungen der unterschiedlichen Rettungsfahrzeuge sowie die Arbeit mit Geodatenmanagement. Anschließend stellt er die Rettungswachenbereiche in Werne, Lünen, Kamen, Unna und Schwerte im Einzelnen hinsichtlich der vorhandenen Rettungsmittel (Fahrzeuge) und der dafür vorgesehenen Rettungsmittelwochenstunden (IST-SOLL-Vergleich) vor. Zum Abschluss gibt er zusammenfassend eine Kurzübersicht der wesentlichen Veränderungen und über den weiteren Zeitplan.

Anlagen

1. Präsentation zu Punkt 4 - System „Mobile Retter“
2. Präsentation zu Punkt 5 - Bedarfsplan für den Rettungsdienst | 3. Fortschreibung
3. Präsentation zu Punkt 6 - Ergebnisse der Kundenbefragung im Fachbereich Straßenverkehr

gez. Susanne Kronenberg
Schriftführerin

ges. Herbert Krusel
Vorsitzender